

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 11. Juli 1924.

.....  
Eröffnung der Abteilung für geschlechtskranke Kinder. Wie bereits berichtet, hat die Gemeinde Wien eine Abteilung im Zentralkinderheim in Währing für geschlechtskranke Kinder umgestaltet. Heute vormittags wurde diese neue Abteilung offiziell eröffnet. In Vertretung des Bundesministers für soziale Verwaltung Schmitz war Sektionschef Helly erschienen. Von der Gemeindeverwaltung nahmen Bürgermeister Seitz, Vizebürgermeister Hoss, die Stadträte Breitner, Kokrda, Richter, Tandler und Weber, viele Gemeinderäte und Bezirksvorsteher Klepell teil. Vom städtischen Wohlfahrtsamt waren Oberstadtphysikus Dr. Böhm und Senatsrat Hofer erschienen.

In der Vorhalle des prächtigen Gebäudes hielt amtsführender Stadtrat Professor Tandler an den Bürgermeister eine Ansprache, in der er sagte: Wir haben Sie gebeten, die neue Anstalt zu besichtigen, damit Sie sehen, in welcher Art und Weise in Zukunft die geschlechtskranken Kinder behandelt werden sollen. Es sind bereits 104 kranke Kinder hier untergebracht. Während wir sonst bei der Eröffnung von Wohlfahrtsinstitutionen doch ein gewisses Gefühl der ausgleichenden Gerechtigkeit haben, ist das hier anders. Wir dürfen uns nicht täuschen, daß hier Kinder betreut werden, die den Fluch der Väter und Mütter in sich tragen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß diese Kinder nicht zu Infektionsträgern für andere Kinder werden. Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, daß wir diese armen Opfer einer schweren Krankheit von eigenen Pflegerinnen betreuen und daneben auch die Lehrerin wirken lassen. Wir haben hier Kinder von allen Anstalten aufgenommen. Jedes Kind hat während seines ganzen Aufenthalts seine eigene Badewanne und es ist vorgesorgt, daß alles geschieht, um eine Infektion zu verhüten. Redner dankt dem Bürgermeister und allen Anwesenden für das Interesse, das sie in die neue Anstalt geführt hat.

Sektionschef Dr. Helly entschuldigte das Fernbleiben des Ministers für soziale Verwaltung und sagt, daß man dankbar der großen Leistungen gedenken muß, welche die Gemeinde Wien auf dem Gebiete der Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten aufzuweisen habe. Die Fürsorge für Kinder, die an so schwerer Krankheit leiden, ist unbedingt notwendig und es wurde auch bereits in Graz eine Abteilung für syphilitische Kinder errichtet. Möge das neue Werk der Gemeinde Wien zum Wohle der Gesamtheit sich entwickeln.

Bürgermeister Seitz antwortete: In dem großen Rahmen der Fürsorgeorganisation der Gemeinde Wien, deren Ziel es ist, den Bedürftigen schon sozusagen vor der Geburt zu schützen und bis an sein Lebensende zu betreuen, reiht sich nunmehr auch die Anstalt für geschlechtskranke Kinder ein. Als Professor Tandler, dem wir auf dem Gebiet der Fürsorge so viel verdanken, uns den Plan vorlegte, eine Anstalt für geschlechtskranke Kinder zu gründen, erregte er geradezu Erstaunen, weil wenige Laien ahnten, wie groß die Zahl solcher Kinder ist. Es sind Arme, Unglückliche ohne Zahl, Opfer des Leichtsinns und der schlechten Erziehung der Eltern, aber auch die Gesellschaft trägt schwere Schuld. Es wird einmal eine Zeit kommen, die den Begriff „vergehen gegen das keimende Leben“ ganz anders fassen wird, als unser veraltetes Strafgesetz. Wer eine Ehe gründet ohne sich vorher auch der natürlichsten Grundlagen einer Ehe zu versichern, seiner und seiner Frau Gesundheit, begeht das schwerste Verbrechen gegen das zukünftige Kind. Solange keine ausreichende Eheberatung besteht, werden wir immer Gefahr laufen, daß tuberkulöse und luetische Kinder der Gesellschaft, vor allem aber sich selbst zur Last fallen. Das Dichterwort: „Frühe wer sich ewig bindet“, muß vor allem auch nach der gesundheitlichen Seite gelten. Zur Eheschließung gehört vor allem die physische Eignung. Hoffen wir, daß es durch das neue Institut gelingt, einer furchtbaren Gefahr Herr zu werden. Direktor Riether, selbst ein ausgezeichnetes Fachmann von Ruf, durch tüchtige Mitarbeiter unterstützt, wird diese unglücklichsten unserer kranken Kindern zu nützlichen Gliedern der Gesellschaft erziehen.

Nach der Rede des Bürgermeisters besichtigten die Besucher unter der Führung des Direktors des Zentralkinderheims Dr. Riether und der Leiterin der neu errichteten Abteilung Frau Dr. Riedler alle Räume, in denen die beklagenswerten Opfer dieser schweren Krankheit untergebracht sind. An diese Besichtigung schloß sich ein Rundgang durch die übrigen Abteilungen des Zentralkinderheims, wobei besonders die mustergiltige Einrichtung der Wirtschaftsräume das Interesse der Besucher erregte.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 11. Juli 1924.

Bürgermeister Seitz eröffnete um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Ein Antrag des Gemeinderates Doppler wegen Kürzung der Intervalle auf der Linie 9 der Strassenbahn wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß Gemeinderat Biber krankheitshalber von der heutigen Sitzung entschuldigt ist. Aus diesem Grund kann daher auch heute einem Begehren der Beamtenorganisation des Stadtbaumeisters auf irgend eine Remedur gegenüber den heftigen Angriffen des Herrn Gemeinderats Biber gegen einzelne Funktionäre dieses Amtes nicht Rechnung getragen werden. Es muß dies loyalerweise bis zu seiner Wiederkehr aufgeschoben werden.

Da zum größten Teil der Tagesordnung Wortmeldungen nicht vorliegen werden ohne Referat die teilweise Wiederbelegung des Strebersdorfer Friedhofes, die gegenseitige Einräumung eines Vorkaufsrechtes zwischen Wien und Niederösterreich bezüglich ihres Besitzes an Aktien der niederösterreichischen Wasserkraftwerke A.G., die Beteiligung der Gemeinde Wien - städtische Ankündigungsunternehmung an der Radioverkehrs-A.G. durch Uebernahme von Aktien bis zu einer Milliarde Kronen, die Erstreckung des Rückzahlungstermines des der niederösterreichischen Wasserkraftwerke A.G. gewährten Kredites von sechs Milliarden Kronen, die Instandsetzung von Amtsräumen, der Ankauf von 12 Lastkraftwagen und 10 Anhängern um den Betrag von 3010 Millionen, die Adaptierung der Zedlitzmarkthalle, ein unverzinsliches Darlehen an den Verein „Hygieneausstellung Wien“ von 200 Millionen für die im Herbst in Wien geplante Ausstellung, die Verwendung des Sammelergebnisses des vierten allgemeinen Sammeltages für die Armen Wiens und Grundankäufe genehmigt.

StR. Kokrda (Soz. Dem.) beantragt die Durchführung eines Grundtausches zwischen der Gemeinde Wien und der allgemeinen österreichischen Bau-gesellschaft. Der Antrag wird ohne Debatte angenommen.

GR. Grünfeld (Soz. Dem.) teilt mit, daß die Fassade der Leichenhalle im Wiener Zentralfriedhof bereits derart schadhaft ist, daß die Ziegel bloß liegen. Es muß daher eine gründliche Renovierung erfolgen, weshalb dem Gemeinderat der Antrag unterbreitet wird, einen Betrag von 380 Millionen Kronen für diese Arbeiten zu bewilligen.

GR. Orel (chr. soz.) fragt, ob anlässlich dieser Renovierung auch dort die Einsegnungshalle beseitigt werden wird, wie dies auf dem Gersthof Friedhof geschehen ist. Auch in Döbling hat man die Einsegnungshalle entfernt und die christliche Bevölkerung dadurch in ihren Gefühlen tief verletzt.

GR. Grünfeld antwortet, daß er mit den amtlichen Stellen bezüglich dieser Anfragen sich in Verbindung setzen wird, worauf der Antrag des Referenten einstimmig angenommen würde.

GR. Isler (Soz. Dem.) referiert über die Bewilligung eines Kredites von 1595 Millionen Kronen für verschiedene Mehrerfordernisse für den Wasserversorgungsbetrieb. Es hat sich nämlich gezeigt, daß in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres, bereits so viele Wasserleitungsschlüsse gemacht werden mussten, als im ganzen Jahre 1923. Daher kann mit dem im Voranschlag eingesetzten Betrag nicht ausgekommen werden. Da die Grundeigentümer diese Anschlüsse bezahlen müssen, so erwächst eigentlich der Gemeinde nur eine tatsächliche Ausgabe von 95 Millionen Kronen.

GR. Erben (chr. soz.) verlangt, daß die alten Wassermesser in den Häusern möglichst rasch repariert werden, da sie zum größten Teile schadhaft sind. Es liegt dies nicht nur im Interesse der Hausparteien, sondern auch der Gemeinde. Gemeinderat Kunschak hat vor längerer Zeit im Gemeinderat beantragt, daß in den Schrebergärten Pumpanlagen errichtet werden sollen, weil bei dem großen Wasserverbrauch bald die zweite Hochquellenleitung nicht mehr genügen wird, wenn nicht für die Schrebergärtner eine andere Möglichkeit zur Beschaffung des notwendigen Wassers gefunden wird. Was ist eigentlich mit diesem Antrag geschehen?

GR. Isler erklärt, daß es sich nach dem Schicksal dieses Antrages erkundigen wird. Es wird hierauf der Referentenantrag angenommen.

GR. Jenschick (Soz. Dem.) beantragt die Genehmigung eines Zuschusses von 92 Millionen Kronen für Umgestaltungs- und Gebäudeerhaltungsarbeiten im städtischen Versorgungshaus Baumgarten.

GR. Angermayer (chr. soz.) führt aus, daß es ganz sonderbar anmute, wenn man für einen Posten des Budgets, der in diesem ganz ansehnlich dotiert wurde, in einem Halbjahr mehrere Zuschüsse anfordere. Das weist darauf hin, daß man entweder in der saloppsten Weise das Budget aufgestellt habe oder daß man das Präliminare weitaus zu überschreiten gezwungen gewesen sei. Solange die gegenwärtige Mehrheit Opposition gewesen sei, habe sie immer den heftigsten Einspruch gegen Zuschüsse, wenn selbe auch noch so gerechtfertigt waren, erhoben. Nun sehe man, daß in diesem Belange die Wirtschaft der Sozialdemokraten eine weitaus schlechtere als die der früheren Gemeindeverwaltung sei. Es vergehe keine Gemeinderatssitzung, wo nicht eine Reihe von Zuschüssen angefordert würde. Redner müsse fragen, wie hoch die Gesamtsumme aller für diesen Zweck bewilligte Zuschüsse sei und was der Grund wäre dafür, daß die Ausgaben so wenig mit dem Präliminare im Budget übereinstimme.

GR. Jenschick: Der Redner der Opposition scheine die Zeiten, in der die Christlichsozialen die Geschäfte der Gemeinde Wien zu führen hatten, und die Gegenwart, in der die Sozialdemokraten von dem Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Wiens getragen diese Arbeit leisten, zu verwechseln. Früher habe man vollständig stabile Geldverhältnisse, die die genaueste Kalkulation ermöglichten, gehabt, während heute in den letzten sechs Monaten eine durchschnittlich fünfzehnprozentige Vertenerung aller Waren stattgefunden habe. Dies bringe mit sich, daß auch die Erfordernisse für die Gemeinde von Zeit zu Zeit durch Zuschüsse gedeckt würden. Im vorliegenden Falle handle es sich um eine spezielle Sache und die Vergrößerung der Krankenstation, was allein einen Betrag von 54 Millionen ausmache. Der Rest des erforderlichen Zuschusses würde für die Instandhaltung der Gebäude verwendet, die durch den ungeheuer strengen Winter bedeutenden Schaden erlitten haben.

Der Antrag wird sodann angenommen.  
GR. Müller Rudolf (XVII) beantragt die Genehmigung eines Zuschusses von 14 Milliarden Kronen für die laufende Erhaltung der Makadamstrassen.

GR. Angermayer (chr. soz.): Im Budget wurde für diese Zwecke eine Summe von 9791 Millionen ausgesetzt. Nach einem halben Jahr kommt man um die Genehmigung eines Zuschusses von 14 Milliarden Kronen ein. Bei einer solchen Wirtschaft könne man durchaus nicht von einer Musterverwaltung, die die Sozialdemokraten führten, sprechen. Diese Tatsachen seien danach angetan, das ärgste Mißtrauen in der Bevölkerung zu erzeugen. Redner fände auch keinen Unterschied zwischen Erhaltung und Instandsetzung der Strassen, und doch erscheinen getrennte Posten unter diesen Titeln und schreite man um Genehmigung verschiedener Zuschüsse für sie ein.

GR. Binder (chr. soz.): Man müsse sich fragen, zu welchen Zwecken die immer bewilligten Zuschüsse und die Beträge die im Budget vorgesehen, verwendet würden. Von einer Verbesserung und Instandhaltung der Strassen könne man in den einzelnen Bezirken nur sehr wenig, besser gesagt, nichts, sehen. Besonders schlimm stünde es um die Beschaffenheit der Strassenzüge im III. Bezirke. Dort sei manche Strasse derart schlecht, daß schon kein Fuhrwerk mehr passiert, weil es sonst Gefahr läuft, einen schweren Unfall zu erleiden. Besonders schlecht seien die Keinerstrasse und die Hainburgerstrasse. Auch im Bezirksteile Erdberg seien die Verhältnisse wahrlich trostlose.

GR. Müller (Schlußwort): Was die Verwendung der im Budget festgesetzten Beträge betrifft, sei darauf hinzuweisen, daß 40.000 Kubikmeter Schotter für diese Beträge angeschafft wurden. Dasselbe Quantum würde nun allerdings in gesteigerten Preisen auch für das zweite Halbjahr angeschafft. Weiter sei der Zuschuss erklärlich durch die Tatsache,

daß nun acht Dampfstrassenwalzen mehr in Verwendung stünden, zu deren Bedienung über tausend Arbeiterschichten erforderlich seien. Der Unterschied zwischen Erhaltung und Instandsetzung der Strassen, sei der, daß man von Erhaltung spricht, wenn es sich darum handelt, die in der Strassendecke entstandenen Schlaglöcher mit Schotter auszufüllen, während man von Instandsetzung spreche, sobald es sich um Beschotterung der gesamten Strassendecke handle.

Der Antrag des Referenten wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

GR. Stein (Soz. Dem.) beantragt die Adaptierung der Zedlitzmarkthalle im ersten Bezirk in eine Kraftstellwagengarage mit einem Gesamtkostenverfordernis von 1680 Millionen Kronen. Infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des ersten Bezirkes sei eine Markthalle in dieser Gegend nicht mehr notwendig. Andererseits erwachsen der Gemeinde Wien dadurch, daß die Autoomnibusse gegenwärtig in einer Garage im X. Bezirk mehr als vier Kilometer von der Inneren Stadt entfernt eingestellt seien, beträchtliche Ausgaben, die durch die Adaptierung der Markthalle in eine Autogarage erspart werden könnten. Ueberdies soll die gegenwärtig benützte Autogarage in eine Reparaturstätte für alte Autobusse umgewandelt werden und sei ferner noch die Indienststellung von 80 neuen Autostellwägen in der nächsten Zeit zu gewärtigen. Die Besitzer der umliegenden Häuser hätten sich in einem Rekurse gegen die Durchführung des Projektes an das Bundesministerium für Handel und Verkehr gewendet, doch sei dieser Rekurs abschlägig beschieden worden.

GR. Rotter (chr. soz.): Die Minderheit wende sich gegen die Verhandlung dieses Geschäftstückes aus formellen Gründen, da das Referat den zuständigen Gemeinderatsausschuß nicht passiert habe. Wenn das Stück trotzdem im Gemeinderat zur Verhandlung gelange, so sei das ein Bruch der Verfassung und eine Brückierung der Minderheit, die sich nicht bieten lasse. Wenn sich die Angelegenheit schon durch so lange Zeit hinziehe, so hätte man unbedingt auch noch Zeit finden müssen, ordnungsgemäß im zustehenden Ausschusse die Sache zu beraten. Die Minderheit beantrage daher Absetzung dieses Geschäftstückes von der Tagesordnung und Rückverweisung an den zuständigen Ausschuß. Sachlich wäre gegen das Projekt noch einzuwenden, daß durch eine Garage der Betrieb zweier in unmittelbarer Nähe gelegener Schulen arg gefährdet und daß durch den mit einer Garage ständig verbundenen Lärm und Gestank das Strassenbild dieses Bezirksteiles arg in Mitleidenschaft gezogen würde.

Bei der Abstimmung über den Antrag auf Rückverweisung und Absetzung des Gegenstandes stimmen nur die Christlichsozialen für die Absetzung.

GR. Rotter: Bewusste Gesetzesübertreter seid Ihr!

GR. Binder spricht über Mißstände, die sich im dritten Bezirke durch die Garage in der Rüdengasse bemerkbar machen und möchte diese Mißstände ehebaldigst am besten durch Auflösung dieser Garage beseitigt wissen.

GR. Stein konstatiert, daß formal gegen die Verhandlung des Gegenstandes kein Protest eingewendet werden könne, da man bei Einbringung des Antrages sich streng an die Geschäftsordnung und die Verfassung gehalten habe, die natürlich nur vorschreiben, überall die Interessen der Gemeinde Wien zu wahren. In diesem Falle geschehe dies ganz besonders, da täglich vier Millionen Kronen aufgewendet werden müssten, für die Lehrfahrten der Autobusse von der Garage in die Innere Stadt, die somit erspart werden könnten und auch dadurch, daß man andererseits gezwungen wäre, ein neues Objekt zu errichten, wofür ganz ungeheure Beträge bereitgestellt werden müssten. Nur aus Dringlichkeitsgründen heraus habe man nach der Verfassung und der Geschäftsordnung, in diesem Falle den Ausschuß, in dessen Kompetenz die Angelegenheit falle, übergangen. Die Gemeinde habe keine Möglichkeit irgend wo anders eine Garage zu errichten, auch nicht in der Rossauerkaserne, da diese Bundeseigentum sei. Von einer Gefährdung des Schulbetriebes könne nicht gesprochen werden, da sich die Ausfahrten und Einfahrten der Autobusse morgens vor acht und nachts nach Mitternacht vollziehe, zu einer Zeit, wo keine Schule gehalten würde. Man habe überdies dem Stadtschulrat um sein Gutachten gefragt und die Zustimmung zu diesem Projekte erhalten. Die Direktion der Strassenbahn, die den Autobusbetrieb durchführt, habe durch Beobachtung aller Vorschriften und durch die Anwen-

dung der modernsten und besten technischen Errungenschaften ihr möglichstes getan, alle Einwendung, die von gegnerischer Seite gemacht wurden, alle Befürchtungen, die man hegte, zu entkräften.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

GR. Löscher referiert über einen Grundtausch zwischen der Gemeinde Wien und der Wiener Baugesellschaft. Es wird ein Kredit von 396 Millionen Kronen beantragt.

Der Grundtausch und der Kredit werden ohne Debatte genehmigt.

GR. Schorsch beantragt den Ankauf von weiteren 3000 Stück Zünd- und Löschuhren für die städtischen Gaswerke um den Betrag von 950 Millionen Kronen.

GR. Rotter (chr. soz.) bemängelt, daß dieser Antrag den zuständigen Ausschuss noch nicht beschäftigt hat. Es könne sich doch nicht um eine so dringende Sache handeln, da auch der Referent eine Dringlichkeit nicht begründet hat. Die Minderheit müsse ein solches Vorgehen, das verfassungswidrig ist, auf das energischste verurteilen. Im Namen der Minderheit, die sich ein solches Vorgehen absolut nicht gefallen lassen kann, wird die Rückverweisung der Vorlage beantragt.

Die Rückverweisung wird mit 27 gegen 36 Stimmen abgelehnt und der Referent erklärt in seinem Schlußwort, daß die Fertigstellung dieser Zünduhren geraume Zeit beanspruche und den Unternehmungen, die gegenwärtig eine Krise durchmachen, noch vor dem Gemeinderatsferien diese große Bestellung gesichert werden soll.

Es wird hierauf der Antrag angenommen.

GR. Weber berichtet über die Unfallfürsorge der Gemeinde Wien im Jahre 1923.

GR. Haider (chr. soz.) führt aus, daß der Gemeinderat am 22. Juli 1898 beschlossen hat, alljährlich über das Ergebnis der städtischen Unfallfürsorge zu berichten. Da oft behauptet wird, daß diese Fürsorge eine sozialdemokratische Errungenschaft darstelle, war es notwendig, diese Feststellung zu machen. Der Inhalt des Berichtes ist keineswegs erfreulich. Es ist eine steigende Tendenz der Unfälle bei den Gemeindebediensteten vorhanden. Im Jahre 1922 waren im Lagerhaus 688 Bedienstete und drei Unfälle, im Jahre 1923 aber bei einem Stand von nur 522 Bediensteten 10 Unfälle zu verzeichnen. Das ist eine Steigerung von mehr als 300 Prozent. Diese Tendenz ist allgemein vorhanden, da im Jahre 1922 die Zahl der Angestellten und Arbeiter, die in die Unfallfürsorge einbezogen waren, 25.622 betrug und die Zahl der Unfälle 109 war. Das Berichtsjahr 1923 spricht von 25.834 Bediensteten und von 160 Unfällen, so daß eine Vermehrung um 50 Prozent eingetreten ist. Man muß sich also fragen, wieso es möglich ist, daß trotz der sozialen Fortschritte und der technischen Entwicklung, die sich auch in den städtischen Unternehmungen zeigt, eine so große Steigerung der Unfälle eintritt. Es ist dies darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit bei der Gemeinde eine Ausnützung der Arbeitskraft eingetreten ist. Wie unsozial die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung ihren Angestellten gegenüber handelt, geht auch daraus hervor, daß jenen Pensionisten, die zugleich eine Unfallrente besitzen, diese von der Pension abgezogen wird. Im Nationalrat machen die Sozialdemokraten eine Politik, die sich nicht genug tun kann, in sozialen Forderungen. Da wird um die wirklichen Verhältnisse sich nicht gekümmert, aber in der Gemeinde geschieht nichts. Es muß auch die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zu der Ueberzeugung kommen, daß mit diesem System entschieden gebrochen werden muß.

StR. Weber erklärt, daß die Zahl der Unfälle in den städtischen Betrieben stark zurückgegangen ist. So wurden im Jahre 1911 im Lagerhaus bei einem Stand von 378 Bediensteten 58 Unfälle, im Jahre 1912 bei einer Zahl von 340 Bediensteten 36 Unfälle und im Jahre 1913 bei 328 Bediensteten 51 Unfälle verzeichnet, während im Jahre 1923 bei 522 Bediensteten nur 10 Unfälle sich ereignet haben. Da könne man doch kaum von einer Steigerung sprechen. Es muß festgestellt werden, daß unter der früheren Verwaltung auf diesem Gebiet eine außerordentliche Schlampe geherrscht hat.

Nach tatsächlichen Berichtigungen der Gemeinderäte Haider und Orel wird der Referentenantrag angenommen.

3  
Eehrte Redaktion!

Im Sitzungssaal des Stadtsenats (Neues Rathaus, Stiege 7, I. Stock) sind gegenwärtig die Entwürfe und Modelle der Ausstellung für Theater- und Musikfest der Stadt Wien 1924 Dr. Bach ersucht freundlichst zu einer Besichtigung dieser Entwürfe und Modelle, die am Samstag, den 12. Juli 1924 um 1 Uhr mittags stattfindet, eine Vertretung Ihrer geehrten Redaktion zu entsenden. Maler Kiesler wird die Entwürfe erläutern.

StR. Weber beantragt zu dem vom Gemeinderat bereits genehmigten Siedlungsprogramm noch einen Zuschusskredit von 15 Milliarden zu bewilligen. Durch die Steigerung der Löhne und der Materialien um durchschnittlich 16 Prozent, kann mit dem im Jänner vom Gemeinderat bewilligten Betrag von 100 Milliarden das Auslangen nicht gefunden werden.

GR. Orel (chr. soz.) nimmt dagegen Stellung, daß diese Vorlage den zuständigen Gemeinderatsausschuß noch nicht beschäftigt hat und erst am Montag eine Sitzung dieses Ausschusses sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Diese Art der Behandlung zeigt deutlich, welchen Wert die Mehrheit auf parlamentarische Formen legt. Es ist zu begrüßen, daß die Mehrheit so offen zeigt, daß ihr die Demokratie nicht mehr als eine Komödie ist. Es muß aber dagegen protestiert werden, daß man am Montag zu einer Sitzung ladet, die ganz zwecklos ist, weil heute schon alles beschlossen wird. Redner richtet sodann an den Referenten die Anfrage, was mit seinem Antrag wegen Bewährung von Bauvorschüssen für Siedlungen, die nicht auf Gemeindegrund gebaut werden sollen, sondern auf eigenem oder gepachtetem Land, geschehen sei.

StR. Weber antwortet, daß die Verfassung es ermöglicht, daß der Gemeinderat dringende Gegenstände vor der Ausschussberatung genehmigen könne. Die Gemeinde könne auf keinen Fall an Siedler, die ihre Häuschen nicht auf Gemeindegrund errichten wollen, Bauvorschüsse geben, da nach Ablauf des Baurechts die Objekte an den Grundeigentümer zurückfallen. Es würde sich da um eine Verschwendung von Steuergeldern handeln.

GR. Orel berichtet tatsächlich, daß die Gemeinde diese Bauvorschüsse nur unter solchen Bedingungen geben soll, daß jede spekulative Bereicherung unmöglich gemacht wird, wie er es in seinem Antrag verlangt hat.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen.

StR. Speiser beantragt, daß im Gehaltschema für leitende Beamte für die Standesgruppe der Beamten des mittleren Verwaltungsdienstes vier Stellen in der zweiten und 66 Stellen in der dritten Bezugsklasse systemisiert werden sollen.

GR. Doppler (chr. soz.): Selten sei ein Referat in so nichtssagender Weise vorgelegt worden, wie dieses hier. Es sollen Stellen geschaffen werden, die an keine bestimmte Arbeitsleistung gebunden sind, von denen man nicht weiß, wo sie zu finden wären. Das sei eine Vorgangsweise, die die Minderheit niemals gut heißen könne. Die Minderheit sei durchaus nicht wie man es so gerne glauben machen möchte, gegen die Systemisierung dieser Stellen im Prinzip, sondern verlange nur, daß genau gesagt werde, wo die Stellen seien und wer auf diese Stellen gesetzt würde. Zum Schutze der Beamtenschaft müsse verlangt werden, daß mit dem zu schaffenden Stellen, nur lang erprobte wirklich verdienstvolle Beamte betraut werden. Was werden für Bedingungen zur Erreichung dieser Posten gemacht? Wir schöpfen sehr argen Verdacht, daß mit diesen Posten Leute betraut werden, die durchaus nicht solche Stellen verdienen, sondern, die es durch ihr Parteigängertum so weit gebracht haben, sich diese Stellen zu erschleichen. Es ist sehr arge Magie es so hinstellen zu wollen, als ob die Minderheit gegen die Schaffung dieser Stellen wäre. Auf unsere Einwendungen gab sogar der Herr Referent StR. Speiser zu, daß auf diese Art sich die Sache nicht durchführen lasse und in einer Versammlung der Beamtenschaft wurde wieder gesagt, die Christlichsozialen seien gegen die Schaffung dieser Stellen und suchten durch Einwände die Angelegenheit zu verschleppen. Wenn den Christlichsozialen vorgeworfen werde, daß sie in der Zeit ihrer Verwaltung selbst Protektionskinder der Partei mit gut dotier-

ten Stellen versehen habe, so dürfe dieser Vorwurf nur von Leuten gemacht werden, die selbst vollständig rein seien, von jedem Verdacht es ebenso zu machen. Die Minderheit beantrage darum die Rückverweisung des gestellten Antrages. Der Antrag wird abgelehnt.

GR. Stöger: Nur arge Verdrehungskunst konnte es so weit bringen, die Minderheit als beamtenfeindlich darzustellen. In Wirklichkeit lege sie den allergrößten Wert darauf, daß es der gesamten städtischen Beamtenschaft gelinge, eine höhere Lebenshaltung erreichen zu können. Ob das auf dem Wege der Systemisierung, der Durchrechnung höherer Gehälter, oder der sagenhaften dreizehn oder vierzehn Monatsgehälter geschehe, bleibe ihr gleichgültig. Im vorliegenden Falle handle die Minderheit nur im Interesse der Beamtenschaft, wenn sie verlangt, daß die Stellen fixiert werden und daß genau vorgeschrieben werde, daß nur würdige Beamte mit denselben betraut würden. Die Personalvertretung hat das Erfordernis auf 85 Stellen nachgewiesen. Parteiarbeit dürfe auf keinen Fall und unter keinen Umständen auf Kosten der ehrlich arbeitenden Beamtenschaft verlangt werden. Daß in der Beamtenschaft heute noch immer ein großer Teil sich von Lügen, Verdrehungen und Versprechungen betören lasse, sei eine traurige Tatsache, die hoffentlich bald ein Ende finden werde, sobald ihr die Augen aufgehen über die Art und Weise, wie verdiente Beamte um ihre Ansprüche auf höhere Stellen durch Protektionskinder und Speichel-lecker geprellt werden. Aus diesem Grunde könne die Minderheit dem gestellten Antrage nicht zustimmen.

StR. Speiser (Schlußwort) erklärt, daß es nicht wahr sei, daß nur Konjunktursozialisten die schönen Posten kriegen. Es werde pflichtgemäß und streng darauf gesehen, daß jeder Angestellte seine Arbeit leistet. Dadurch, daß die Minorität immer wieder diesen Vorwurf erhebe, werde er nicht richtiger. Heute kennt man die Entwicklung dieser Ämter noch nicht und weiß daher kaum, welche Stellen darauf entfallen werden. Die Verhandlungen über diese Vorlage wurden von der Magistratsdirektion geführt und die Anträge sind aus rein sachlichen Gründen hervorgegangen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

StR. Siegel referiert über die Bewilligung eines Nachtragskredits für das Bauprogramm 1924 im Betrage von 261 Milliarden Kronen. Die Ausführung dieses Programms ist im vollen Gang. Es war möglich, statt der vorgesehenen 4600 Wohnungen nunmehr 1387 neue Wohnungen, 71 Einzelzimmer, 152 Geschäftslokale, 118 Werkstätten und Magazine, 11 Zentralbäder, 25 Kinderhorte, 39 Ateliers und vier Volksbibliotheken noch zu errichten. Es genügt daher der bereits bewilligte Kredit von 391 Milliarden nicht, da auch seit Oktober 1923, als dieses Bauprogramm erstellt wurde, eine Steigerung der Löhne und Materialpreise eingetreten ist.

GR. Müller (chr. soz.) bringt einige Wünsche der Bewohner der Wohnhausanlage „Fuchsenfeldhof“ vor. Den Parteien dieses Gemeindefohnhauses werden 50 bis 100.000 Kronen ohne Detaillierung vorgeschrieben und es soll angeblich dieser Betrag für die Benützung der zentralen Waschanlage bestimmt sein. Dabei müssen angeblich alle Parteien zahlen, selbst wenn sie die Waschanlage gar nicht benützen. Auch wegen der Kündigungen der Schrebergärtner muß ernstlich gesprochen werden. Es sollen ungefähr 5000 Schrebergärtner gekündigt worden sein, darunter auch solche, deren Grund gar nicht für Bauzwecke benötigt wird. Ich vertrete den Standpunkt, wenn gebaut wird, dann müssen die Schrebergärtner weg, aber es geht nicht an, Leuten, die kürzlich erst über Auftrag der Gemeinde Wassermesser einbringen haben lassen, die Kündigung erhalten. Das hätte man doch früher wissen müssen. An der Wasangartenmauer wurden 70 Schrebergärtnern gekündigt, weil eine Sportvereinigung den Platz benötigt. Gegenüber dem Asyl wurden gleichfalls die Schrebergärtner gekündigt, obwohl sie erst kürzlich eine Einfriedung, die mehr als 40 Millionen Kronen gekostet hat, sich machen haben lassen. Sie haben den Schrebergärtnern vor den Wahlen so viel versprochen und müssen ihnen jetzt wegen der Entschädigungen entgegenkommen.

GR. Doppler (chr. soz.) teilt mit, daß in einem eben fertiggestellten Gemeindefohnbau in Simmering eine schon zugewiesene Wohnung in einem Saal für die Kinderfreunde verwandelt worden sein soll. Es konnte die Richtigkeit dieser Mitteilung noch nicht überprüft werden, weshalb der Referent um Auskunft ersucht wird.

Weiters habe der Redner schon zu wiederholten Malen von verschiedenen Seiten die Anfrage gestellt erhalten, wie es denn mit den in den Gemeindehäusern zu errichteten Geschäftslokalen sei, welcher Weg da eingeschlagen werden müsse, um zu einem solchen Lokale zu gelangen. Redner wünsche darum vom Herren Referenten diesbezüglichen Bescheid. Wenn nun eine Generalkündigung der Schrebergärtner vorgenommen werde, so verstehe man das noch auf Plätzen, die wirklich für die Verbauung in Betracht kommen, nicht aber auf Gebieten die der Bauordnung und den Bauvorschriften nach nicht verbauungsfähig sind.

Stadtrat Siegel : Die Anfrage des Hr. G.R. Müller betreffend den Fuchsenfeldhof kann ich dahin beantworten, dass die Zahlung für die Waschanlage in einer Versammlung aller Hausparteien festgelegt worden ist. Es werden die Kosten der Waschanlage, wie alle übrigen Betriebskosten auf die Mieter aufgeteilt. Wegen der Kündigungen der Schrebergärtner muss sich die Gemeinde eine gewisse Kündigungsfreiheit vorbehalten. Die Vermietung der Geschäftslokale obliegt der Magistratsabteilung 46 und es werden auch Baukostenbeiträge, die sich nach der Grösse der Lokale richten, eingehoben.

Gemeinderat Müller (chr. soz.) berichtet tatsächlich, dass im Fuchsenfeld ein Saal besteht, der nicht nur für die Kinder des Hauses benützt wird, sondern auch für politische Versammlungen dient.

Gemeinderat Reismann: Nicht für politische Versammlungen, sondern nur für die Hausparteien!

Es wird hierauf der Antrag des Referenten angenommen.

Es wird nun ein Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Doppler wegen der Verteilung von Flugblättern gegen den Mutterschaftszwang durch amtliche Fürsorgeorgane abgelehnt.

Die Gemeinderäte Dirisamer und Untermüller haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Erhöhung der Reinigungsgebühren der Hausbesorger für die Gehsteige verlangt.

Zur Begründung der Dringlichkeit führt Gemeinderat Untermüller aus: Schon zum drittenmal bringe ich nun diesen Antrag vor, doch immer wurde ihm die Dringlichkeit versagt. Es geht nicht an, dass man den Hausbesorgerorganisationen lächerliche Beträge übermittelt, die bei der Aufteilung nur 500 bis 1500 für ein Haus ergeben. Dieser Skandal ist so gross, dass Sie diesem Antrag wohl heute kaum die Dringlichkeit versagen werden können. Sie haben im Winter die Hausbesorger oft haft gestraft. Es wurden Beträge bis zu 200.000 Kronen für das nicht rechtzeitig vorgenommene Reinigen des Gehsteiges eingehoben. Es wäre Zeit, dass Sie diesen Leuten endlich ihr Recht geben.

Bürgermeister Seitz sagt, dass er dem Gemeinderat in dieser Sache eine Aufklärung schuldig sei. Es bedarf der Aufklärung, dass noch nicht mit den Hausbesorgerorganisationen verhandelt worden ist. Ich habe darüber eine Erhebung gepflogen und von der zuständigen Magistratsabteilung die Antwort bekommen, dass der betreffende Betrag von der Erklärung des Bürgermeisters nicht gewusst hätte. Es wurde daher den Organisationen der im Vorjahr ausgezahlte Betrag auch heuer angewiesen. Wenn man in der Sache Remedur schaffen will, dann müsste man zunächst durch einen Nachtragskredit die Mittel bereitstellen und dann mit den Organisationen verhandeln. Die Frage hängt übrigens mit dem Problem der Entschädigung der Hausbesorger überhaupt zusammen.

Gemeinderat Untermüller: Damit werden die Hausbesorger nicht zufrieden sein!

Es wird hierauf dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Bürgermeister Seitz teilt dann noch mit, dass einem alten Brauch folgend, im Einvernehmen mit den Parteien, die Ausschüsse und der Gemeinderat während der Ferien nicht einberufen werden und nach der Verfassung der Stadt senat gegen nachträgliche Genehmigung des Gemeinderates die notwendigen Verfügungen treffen wird. Der Bürgermeister wünscht allen Gemeinderäten eine ausreichende Erholung und Kräftigung.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr nachts.